Kapitel 6 | Der Name, die Ausweise und die Frage nach dem Plan

Recherche-Dossier zur Wiensworld-Serie · Stand: 8. Oktober 2026 · Mit anklickbaren Originalfundorten

Untersuchungsfrage: Warum werden Namen in Behördenunterlagen teilweise in Großbuchstaben dargestellt, warum wurden Ausweise maschinenlesbar, und welche Entwicklungen liefen vor und nach dem Mauerfall? Die These einer langfristigen politischen Planung wird als Hypothese behandelt und an dokumentierten Abläufen geprüft.

1 | Was lässt sich wann nachweisen?

1968 – ICAO beginnt Arbeiten an maschinenlesbaren Reisedokumenten.

22.06.1978 – Innenministerkonferenz bittet das Bundesinnenministerium, neue, fälschungssichere und maschinenlesbare Ausweise vorzubereiten.

27.04.1979 – Innenministerkonferenz billigt das in Bund-Länder-Zusammenarbeit entwickelte Ausweissystem.

22.08.1979 – Bundesregierung legt Bundestagsdrucksache 8/3129 vor.

1980 – ICAO veröffentlicht die erste Ausgabe von Doc 9303.

1986 – Änderung des Personalausweisrechts, mit Datenschutzgrenzen für automatischen Datenabruf.

01.04.1987 – Einführung des neuen maschinenlesbaren Personalausweises in der Bundesrepublik.

09.11.1989 – Öffnung der Berliner Mauer.

03.10.1990 – Deutsche Einheit.

1994 – Bundesdruckerei wird privatrechtliche GmbH, bleibt zu 100 % im Bundesbesitz.

2000 – Bund verkauft die Bundesdruckerei an eine private Investorengruppe.

2008/09 – Rückerwerb im September 2008 beschlossen, am 8. Oktober 2009 wirksam.

2015–2025 – Zehnjähriger Übergang zur unstrukturierten Namensdarstellung in deutschen Melderegistern.

2 | 1978/1979: Der früheste deutsche Aktenfund in dieser Recherche

Die amtliche Bundestagsdrucksache 8/3129 vom 22. August 1979 legt zwei Zeitpunkte offen: Die Innenministerkonferenz forderte am 22. Juni 1978 zur Vorbereitung eines neuen Ausweissystems auf; am 27. April 1979 billigte sie das erarbeitete Konzept. Der Entwurf nennt vor allem Fälschungsschutz und den Ersatz des bisherigen Ausweisbuchs. Er beschreibt ausdrücklich höhere Herstellungskosten und die geplante Zentralisierung der Ausweisproduktion.

Die zehn Jahre später erfolgte Maueröffnung wird im Gesetzesentwurf nicht als Ziel genannt. Die frühe Vorbereitung belegt staatliche Planung im Ausweiswesen – sie ist für sich genommen kein Nachweis eines vorbereiteten Mauerfalls.

Original: BT-Drs. 8/3129, insbesondere S. 1 und S. 5

3 | 1986/1987: Sicherheit und Grenzen der automatischen Erfassung

Das Zweite Gesetz zur Änderung personalausweisrechtlicher Vorschriften (1986) regelte den neuen Ausweis und enthielt ein ausdrückliches Verbot, den Personalausweis zum automatischen Abruf beziehungsweise zur automatischen Speicherung personenbezogener Daten zu verwenden. Maschinenlesbarkeit bedeutete daher nicht automatisch eine unbegrenzte gesetzliche Erlaubnis zur Überwachung. Bei der Einführung am 1. April 1987 erklärte Bundesinnenminister Zimmermann die innere Sicherheit und den Fälschungsschutz zu den Gründen.

Originale: Bundesgesetzblatt 1986, S. 545 · Bundesregierung, Erklärung vom 1. April 1987

4 | Warum ALL CAPS? Internationale Ausweisnormen

Die ICAO begann die Arbeiten an maschinenlesbaren Pässen 1968, veröffentlichte Doc 9303 erstmals 1980 und entwickelte Regeln für eine international lesbare maschinenlesbare Zone. Die Zeichenfolge eines Namens in dieser Zone wird technisch normalisiert: Großbuchstaben, festgelegte Trennzeichen und vereinfachte Schreibweisen sollen zuverlässiges Lesen ermöglichen. Eine typografische Transformation ist damit nachweisbar; die Entstehung einer zweiten Rechtsperson folgt aus der Norm nicht.

Originale: ICAO, Geschichte der Normung · ICAO Doc 9303, Teile 1–13

5 | Der Mauerfall und die Bundesdruckerei

Die Bundesdruckerei dokumentiert selbst, dass nach der Maueröffnung rund 16 Millionen Bürger der früheren DDR mit neuen Personaldokumenten ausgestattet wurden. 1994 erfolgte die formelle Umwandlung in eine GmbH, 2000 die materielle Privatisierung durch Verkauf. Nach dem 2008 gefassten Beschluss wurde der Rückerwerb zum 8. Oktober 2009 wirksam. Insbesondere die Unterscheidung von GmbH-Rechtsform und tatsächlichem privatem Eigentum ist entscheidend.

Die Frage nach Ausweisgebühren ist gesondert zu stellen: Eigentümerwechsel, Kosten der Herstellung und vom Staat geregelte Gebühren sind unterschiedliche Vorgänge. Aus dem Verkauf eines Druckunternehmens folgt nicht, dass der einzelne Ausweisinhaber oder seine Rechtsidentität verkauft wurde.

Originale: Bundesdruckerei, Unternehmenschronik · Bundesfinanzministerium, Beteiligungsbilanz 2019

6 | Eine Umstellung 2015–2025, die leicht missverstanden wird

Ab dem 1. November 2015 lief im deutschen Meldewesen eine Übergangsphase zwischen strukturierter und unstrukturierter Namensspeicherung. Bei „von Mustermann“ wurden früher der Namensbestandteil „von“ und „Mustermann“ getrennt gespeichert; die neue Darstellung speichert den Namen zusammenhängend. Ab 1. November 2025 wird im Melderegister nur die unstrukturierte Form verwendet. Diese Vorschrift verlangt nicht allgemein, Behördenbriefe künftig in normaler Groß- und Kleinschreibung zu setzen.

Original: Bundesratsdrucksache 527/24, Erläuterung der Umstellung · Verfahrensvorgaben (BR 249/22)

7 | War die Maueröffnung lange vorher geplant?

Zu unterscheiden sind drei Behauptungen: (1) Staaten bereiteten technische und administrative Systeme lange im Voraus vor – dafür gibt es amtliche Belege. (2) Akteure hatten vor 1989 Szenarien über Veränderungen in der DDR oder eine mögliche Einheit – das ist anhand ihrer jeweiligen Akten separat prüfbar. (3) Die Ausweisreform von 1978 sei gezielt für die Maueröffnung 1989 entworfen worden – dafür enthält die hier gesichtete Primärquelle keinen Beleg.

Michael Wolski vertritt öffentlich die weitergehende These einer langfristig vorbereiteten sowjetischen Operation. Sein Interview ist als Quelle für seine These geeignet, nicht als unabhängiger amtlicher Nachweis ihres Inhalts. Diesen Unterschied sollte die Veröffentlichung klar erhalten.

Quelle für die zugeschriebene Position: Multipolar, Gespräch mit Michael Wolski

8 | Persönliche Forschungsfrage und Ausblick auf den 11. Dezember

Die Autorin vermutet, dass politische Umbrüche weit länger vorbereitet wurden, als die Öffentlichkeit zum Zeitpunkt ihrer Umsetzung erkennen konnte, und sieht in der Abfolge von Ausweisreform, Mauerfall, Registermodernisierung und Eigentumswechseln einen Anlass für vertiefte Aktenprüfung. Diese Deutung bleibt als persönliche Hypothese kenntlich.

Der 11. Dezember 2026 ist hier als persönlicher Ausblick auf künftige Recherchemöglichkeiten erwähnt. Ein konkreter, offiziell bestätigter Technologiesprung oder eine Freigabe aller Archive an diesem Tag ist derzeit nicht nachgewiesen.

9 | Offene Originalakten-Fragen

- Welche Sitzungsprotokolle und Arbeitsaufträge der Innenministerkonferenz von 1978 liegen noch vor?
- Welche Beschaffungs- und IT-Verträge wurden 1978–1987 geschlossen?
- Welche West- und Ost-Akten dokumentieren tatsächliche Wiedervereinigungsplanungen vor 1989?
- Wie wurden Ausweisgebühren vor und nach 1994/2000 kalkuliert?
- Welche konkreten IT-Änderungen erklären abweichende Groß-/Kleinschreibung einzelner Behördenbriefe?

Methodik: Primärdokumente sind als solche bezeichnet. Eigentumsdaten stammen aus Bundesdruckerei/Bundesfinanzministerium; alternative Deutungen werden ihren Urhebern zugeordnet. Diese Recherche belegt keine zentrale Gesamtplanung sämtlicher Entwicklungen.